



Die maritime Task Force – eine Farce

Warum das Nahost-Quartett auch beim israelisch-libanesischen Konflikt gefordert ist

E D I T O R I A L

An 33 Tagen im Sommer 2006 wurde vieles zerstört, was seit dem Ende des libanesischen Bürgerkriegs in anderthalb Jahrzehnten aufgebaut wurde. Über tausend Zivilisten fielen allein im Libanon den Luftangriffen zum Opfer. Auch im Norden Israels schlugen zahlreiche Raketen ein und waren Tote zu beklagen. Anlass dieses Kriegs war die Entführung zweier israelischer Soldaten durch die libanesische Hisbollah, zugleich im Kabinett vertretene Partei und als Miliz eine Art Staat im Staat.

Während Israel Hisbollah mit militärischen Mitteln zu bezwingen versuchte und Hisbollah wiederum mit Raketen angriffen zurückschlug, schaute die Welt lange zu, bis im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UN) endlich Einigung erzielt und die Resolution 1701 verabschiedet wurde. Sie war der sprichwörtliche „kleinste gemeinsame Nenner“. Mit ihr erweiterte die UN ihre schon seit 1978 im Libanon eingesetzte Beobachtungsmission UNIFIL – vor allem personell, ein wirklich „robustes“ Mandat wurde nicht daraus.

Berthold Meyer analysiert die Resolution 1701 und benennt ihre zahlreichen Schwächen, die Hoffnungen auf einen dauerhaften Erfolg dieser Mission eintrüben. Besonders die so genannte maritime Task Force vor der Küste Libanons, die mit deutscher Beteiligung dafür sorgen soll, dass keine Waffen für Hisbollah eingeschmuggelt werden, verspricht keine große Wirkung. Damit der Nahost-Konflikt nicht weiter auf benachbarte Länder übergreift, ist das Nahost-Quartett gefordert, seine Bemühungen in der Region auszuweiten.

Marlar Kin



Sie suchen seit Oktober 2006 vergeblich nach geschmuggelten Waffen – die Schiffe der maritimen Task Force vor der Küste Libanons.
Bild: Bundeswehr2006/Ann-KatrinWinges

Berthold Meyer

Am 8. Februar 2007 wurde ein Feuergefecht im Grenzstreifen zwischen Israel und Libanon gemeldet. Es war der erste nennenswerte Zwischenfall seit dem 14. August 2006, jenem Datum, an dem nach 33 Tagen „Sommerkrieg“ zwischen den israelischen Streitkräften (IDF) und der libanesischen Hisbollah („Partei Gottes“) erstmals die Waffen schwiegen. Dafür gesorgt hatte die nach langen Verhandlungen am 11. August 2006 vom UN-Sicherheitsrat verabschiedete Resolution 1701. Seither trennt eine von 2.000 auf 15.000 Soldaten vergrößerte UN-Friedenstruppe (UNIFIL) die Kriegsparteien voneinander. Diese sorgte Presseberichten zufolge auch am 8. Februar dafür, dass es bei einem kurzen Schusswechsel blieb. Trotz dieser guten Dienste von UNIFIL hat sich in

den letzten Monaten die Lage an der Nordfront des Nahost-Konfliktes kaum entspannt, zumal Libanon inzwischen selbst wieder am Rande eines Bürgerkrieges steht.

Um die komplexe Konfliktsituation im Nahen Osten zu entschärfen, bedarf es offensichtlich einiger Anstrengungen externer Akteure, die über die Resolution 1701 und ihre Umsetzung hinausgehen müssen. Zwar hat Bundeskanzlerin Angela Merkel den Nahost-Konflikt weit vorn auf die Agenda ihrer Präsidentschaft in der Europäischen Union und der G8-Staaten gesetzt und das Nahost-Quartett, bestehend aus USA, Russland, UNO und EU, wiederbelebt. Aber dieses hatte sich in der Vergangenheit auf den Kernbereich des Nahost-Konfliktes, die Beziehungen zwischen Israel und den Palästinensern, beschränkt, und es sieht so aus, als werde es sich auch weiterhin darauf konzentrieren. Wie viel Erfolg die Spitzen-

diplomatie damit haben wird, ist noch offen; doch er wird geringer ausfallen, wenn sie die anderen offenen Probleme dieses Konfliktes nicht ebenfalls angeht.

Im Zentrum des vorliegenden Standpunktes stehen die Vorgeschichte und das Zustandekommen der Resolution 1701; weiterhin die Bewertung ihrer Umsetzung unter der Frage, warum UNIFIL und seine Maritime Task Force (MTF) nicht in der Lage sind, eines ihrer zentralen Ziele zu erreichen und den Waffenschmuggel nach Libanon zu unterbinden. Dies lenkt den Blick auf Syrien und auf die Notwendigkeit, dieses Land in die Bemühungen um eine Regelung des Nahost-Konfliktes an seiner Nordflanke einzubeziehen. Der Standpunkt plädiert deshalb dafür, die neue Initiative des Nahost-Quartetts breiter anzusetzen und zu versuchen, Libanon zu stabilisieren und zu einer von Israel, Libanon und Syrien anerkannten Grenzziehung zwischen diesen drei Staaten zu gelangen.

Sommer 2006: Gewalt statt Frieden

Eine Regelmäßigkeit zeichnet die vielfach verworrene Lage im Nahen Osten aus: Immer dann, wenn irgendwo auch nur ein Lichtlein der Hoffnung auf Besserung zu sehen ist, kommt jemand und bläst es aus. So war es auch kurz vor dem Krieg zwischen Israel und der Hisbollah. Anfang des Jahres hatte der Sieg der islamistischen Hamas bei den Parlamentswahlen in den palästinensischen Autonomiegebieten eine Art Sprachlosigkeit zwischen Israel und den Palästinensern bewirkt. Israel hatte versucht, die von Hamas gebildete „Regierung“¹ finanziell auszutrocknen, um zu erreichen, dass Hamas das Existenzrecht Israels und die mit ihm von Yassir Arafat für die PLO unterschriebenen Verträge anerkennt. Doch Hamas weigerte sich und nahm lieber Not und Chaos in den Autonomiegebieten in Kauf. Ende Mai schien sich jedoch ein „Fenster der Gelegenheit“ für die Wiederbelebung des Friedensprozesses im Nahen Osten aufzutun: Israels frisch gewählter Ministerpräsident Ehud Olmert setzte auf die erklärte Verhandlungsbereitschaft des Palästinenserpräsidenten Mahmud Abbas, welcher der weltlich orientierten al Fatah angehört, und traf sich mit ihm unter der

Schirmherrschaft von Jordaniens König Abdullah II am Toten Meer. Gespräche auf der Arbeitsebene folgten.

In dieser von vielen Medien als hoffnungsvoll bezeichneten Situation wurde am 24. Juni ein grenznaher Wachposten überfallen und ein israelischer Soldat in den Gazastreifen verschleppt. Die Israeli-schen Verteidigungskräfte (IDF), die sich bis dahin für die Mehrheit ihrer Landsleute als abschreckungsfähige und schlagkräftige Sicherheitsgarantie darzustellen vermochten, sahen sich dadurch in ihrem Image der Stärke beeinträchtigt und versuchten, diese Scharte wieder auszuwetzen, indem sie sogleich drei Brücken und das einzige Elektrizitätswerk im Gazastreifen bombardierten. Bis zum 12. Juli nahmen die Kämpfe in dem vor nicht einmal einem Jahr von Israel geräumten Gebiet an Schärfe zu, gab es schon etliche Tote und noch mehr Verletzte, ohne dass der Soldat gefunden worden wäre.

An diesem Tag ergriff ein Kommando der schiitischen Hisbollah nahe der libanesischen Grenze zwei israelische Soldaten und entkam mit ihnen. Dies mag als Entlastungsmanöver für den palästinensischen Widerstand insbesondere der sunnitischen Hamas gedacht gewesen sein, dem sich Hisbollah trotz des konfessionellen Unterschieds insofern verbunden fühlt, als sie sich nach der israelischen Besetzung Südlibanons 1982 ebenfalls als Widerstandsbewegung gegründet hat. Doch die Verschleppung der beiden Soldaten mag genauso „nur“ dazu gedacht gewesen sein, Gefangene freizupressen. Denn Hisbollah hatte in der Besatzungszeit und danach nicht nur durch Katjuscha-Raketenangriffe auf grenznahe Ortschaf-

ten im Norden Israels für Angst und Schrecken gesorgt, sondern gelegentlich auch israelische Soldaten entführt, um sie gegen gefangene Gefolgsleute auszutauschen; zuletzt hatte sie 2004 für die Rückgabe der Leichen zweier israelischer Soldaten 400 Gefangene auslösen können. Auch jetzt forderte sie wieder die Freilassung von Inhaftierten.

Die IDF reagierte jedoch auf diese zweite Blessur ihres Ansehens noch am selben Tag mit schweren Luftangriffen auf den internationalen Flughafen von Beirut und die Autobahn nach Damaskus sowie mit einer Luft- und Seeblockade des Libanon. Ihr Generalstabschef Dan Halutz drohte zugleich, mit Attacken auf die Infrastruktur „die Uhr im Libanon um 20 Jahre zurückzudrehen“, wenn die Soldaten nicht freigelassen würden.² Während die libanesische Regierung ihre reguläre Armee in den Kasernen behielt, schoss Hisbollah erstmals weiterreichende Raketen nach Israel, die unter anderem die Städte Haifa und Nazareth trafen, wo man bei früheren Katjuscha-Angriffen noch in sicherer Entfernung gelebt hatte.

Handfeste Symbolik: Einschüsse in das Denkmal auf dem Märtyrerplatz in Beirut. Sie stammen noch aus dem libanesischen Bürgerkrieg 1975-1990.

Bild: HSEK



„Wir dachten nicht, auch nicht zu einem Prozent, dass die Festnahme zu einem Krieg mit diesen Ausmaßen führen würde. Sie haben mich gefragt, wenn ich am 11. Juli gewusst hätte, dass die Operation zu solch einem Krieg führt, ob ich es trotzdem getan hätte, da muss ich ein absolutes Nein sagen.“

(Hisbollah-Führer Scheich Hassan Nasrallah,
zit. nach AP vom 27. 08. 2006)

In den folgenden 33 Tagen versuchten die israelischen Streitkräfte einerseits vergeblich aus der Luft und später auch mit Panzern, die weit in den Südlibanon vorrückten, die Hisbollah „auszuschalten“. Andererseits machten sie Halutz' Androhung wahr und zerstörten große Teile der Infrastruktur des Libanon.³ Rund 1.200 unbeteiligte Bürger kamen ums Leben. Nahezu eine Million Menschen mussten aus ihren Heimatorten fliehen, in denen viele nach der Rückkehr ihre Lebensgrundlagen entweder zerstört vorfanden oder sich seither davor hüten müssen, ihre Land- und Weidewirtschaft wieder aufzunehmen, weil Israel gefährliche Streubomben verwendet hat, von denen zahllose Blindgänger noch lange eine Gefahr darstellen. Hisbollah verschoss während dieser Zeit etwa 4.000 Raketen verschiedener Reichweite. Sie töteten auf israelischer Seite 43 Zivilpersonen und verletzten 690 weitere. Etwa 500.000 Menschen flohen vorübergehend in südlichere Landesteile. Von ihnen konnten die meisten nach dem Ende der Kampfhandlungen in ihre unzerstörten Häuser zurückkehren, da viele der Hisbollah-Raketen keine größeren Schäden angerichtet hatten. Allerdings wirft Human Rights Watch auch Hisbollah vor, Streumunition eingesetzt zu haben.

Warum eskalierte Israel so schnell und so stark?

Wurden schon die Reaktionen Israels auf die erwähnte erste Entführung in den Gazastreifen von Politikern und Medien im Ausland als übertrieben bezeichnet, so waren die Bombenangriffe auf den Nachbarstaat erst recht unangemessen, um die beiden anderen Soldaten zu befreien, selbst wenn eine militärische Reaktion im Prinzip vom Völkerrecht gedeckt gewesen sein sollte, wie Israel behauptet.

Wie lässt sich diese Handlungsweise eines demokratischen Rechtsstaates erklären?

Seit der Gründung 1948 war Israel immer wieder in Kriege mit seinen Nachbarn verwickelt. Seit 1967 hält es den Gazastreifen und das Westjordanland sowie die syrischen Golanhöhen besetzt, letztere wurden 1981 sogar annektiert. Von 1987 bis 1993 und nochmals von 2000 bis 2004 versuchten palästinensische Widerstandsgruppen die Besatzung „abzuschütteln“, so die Übersetzung des Wortes „Intifada“. Vor diesem Hintergrund ständiger Anspannung entwickelten sich die israelischen Verteidigungskräfte IDF zur bestausgerüsteten und stärksten Armee im vorderen Orient. Dabei wurden sie in doppelter Weise zu einem zentralen Element der existenziellen Selbstvergewisserung für die jüdische Mehrheit der Israelis, einerseits durch ihre Kampfkraft, andererseits durch die Ausbildung, die sie den wehrpflichtigen jungen Männern und Frauen angedeihen lassen: So heißt der Leit-spruch in einer Selbstdarstellungsbroschüre des „Chief Education and Youth Officer's Headquarters“ der israelischen Streitkräfte: „A Nation Builds an Army Which Builds a Nation.“⁴ Die zentrale gesellschaftliche Stellung der IDF spiegelt sich auch darin wider, dass häufig hoch dekorierte Offiziere (Yitzhak Rabin, Ehud Barak, Ariel Sharon) in Wahlen breites Vertrauen zur Ausübung politischer Macht erhielten.

Wenn nun plötzlich nicht nur einmal, sondern innerhalb weniger Wochen zweimal Soldaten verschleppt werden konnten, dann bedeutete das einen erheblichen Imageverlust für die IDF. Um sich nach innen wie nach außen weiterhin als schlagkräftig und abschreckungsfähig darzustellen, ließ Generalstabschef Halutz ohne zu zögern zunächst im Gazastreifen, dann aber noch entschiedener im Libanon mit aller Härte zuschlagen. Dass ihn dabei die beiden hauptverantwortlichen Politiker, Ministerpräsident Ehud Olmert und der aus der Friedensbewegung stammende Verteidigungsminister Amir Peretz, gewähren ließen, ja sogar den Rücken stärkten, dürfte

Umfang und Aufgaben der maritimen Task Force

Für den Einsatz der Seestreitkräfte wurde ein Operationsgebiet eingerichtet, das sich von der libanesischen Küste bis ca. 50 Seemeilen davor erstreckt. Vor diesem Hintergrund haben die Vereinten Nationen folgenden Kräftebedarf ermittelt:

- 4 Fregatten
- 10 Schnellboote
- 3 Versorger

Neben dem deutschen Beitrag (Fregatte BRANDENBURG, Fregatte KARLSRUHE, Einsatzgruppeversorger FRANKFURT AM MAIN, Tender ELBE und vier Schnellboote) sind Griechenland, Türkei und Bulgarien mit je einer Fregatte, Norwegen mit vier Schnellbooten, eine schwedische Korvette, zwei dänische Schnellboote und eine niederländische Fregatte beteiligt.

Quelle: www.marine.de
Zugriff: 14. März 2007

auch damit zusammenhängen, dass sie als Zivilisten in einer so stark aufs Militär fixierten Gesellschaft in diesem Moment nicht als Weichlinge gelten wollten.

wie ein Staat im Staat auftraten. Sie ist mit Iran konfessionell eng verbunden, kooperierte aber auch mit den seit der Zeit des Bürgerkrieges im Libanon befindlichen

teter Familienclans. Trotzdem genießen die Libanesen mehr Freiheitsrechte als die Menschen in der übrigen arabischen Welt, sodass für eine neu justierte Konkordanzdemokratie mittelfristig eine breite Akzeptanz erwartet werden kann.

Die Resolution 1559 ging zurück auf einen gemeinsamen Antrag Frankreichs, das traditionell großes Interesse am Libanon hat, und der USA, die einerseits daran interessiert waren, Syriens Einfluss in der Region einzudämmen, andererseits als Sachwalter Israels handelten, das zwar nicht namentlich erwähnt, aber wegen der Shebaa-Farmen unmittelbar betroffen war.

Der Sicherheitsrat erklärte in der Resolution, „die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und politische Unabhängigkeit Libanons innerhalb seiner international anerkannten Grenzen“ „nachdrücklich“ zu unterstützen. Er forderte konkret „alle noch verbleibenden ausländischen bewaffneten Kräfte zum Abzug aus Libanon“ auf, sowie „die Auflösung und Entwaffnung aller libanesischen und nicht-libanesischen Milizen“. Und er erklärte zugleich, „die Ausweitung der Kontrolle der Regierung Libanons auf das gesamte libanesisches Hoheitsgebiet“ unterstützen zu wollen.⁶

Um das staatliche Gewaltmonopol Libanons auf das gesamte Hoheitsgebiet auszuweiten, hätte es zwingend einer aktiven Mitwirkung der UNO bedurft. Doch die schon seit 1978 an der Grenze zu Israel stationierte UN-Blauhelmschutztruppe UNIFIL hatte nur ein Beobachtungsmandat. Es wäre also entweder notwendig gewesen, dieses Mandat „robuster“ zu machen, damit die Blauhelme in der Lage gewesen wären, den notorisch schwachen regulären libanesischen Streitkräften bei der Entwaffnung der Milizen tatkräftig zu helfen, sofern diese es überhaupt wagten, die zum Teil viel moderner ausgerüsteten Privatgruppen aufzufordern, ihre Waffen niederzulegen. Oder es hätte ein Weg gefunden werden müssen, die Milizen in die regulären Streitkräfte zu integrieren und damit der Regierung zu unterstellen, um ihr Gewaltpotenzial so kontrollieren zu können. Beides kam in der Resolution nicht vor. Deshalb war sie von vornherein nicht mehr als das Papier wert, auf das sie gedruckt wurde.

Zwar erledigte sich eine ihrer Forderungen am 26. April 2005 insofern, als Syrien seine Soldaten nach 28 Jahren der Anwesenheit

Schon bei der Bildung des Kabinetts Olmert Anfang Mai 2006 hatte einer der führenden Köpfe der Friedensbewegung Gush Shalom, Uri Avnery, die Tatsache, dass unter den 25 Kabinettsministern „nur“ zwei Generäle (Shaul Mofaz, Benjamin Ben-Eliezer, beide frühere Verteidigungsminister) seien, dahingehend kommentiert: „Freuen wir uns nicht zu früh: eine zivile Regierung kann von der Macht der Generäle eingeschüchtert werden und sich gedrängt fühlen, ihre militärische Tüchtigkeit zu beweisen (wie es im Lied nachklingt: Alles was du kannst, kann ich besser ...) Werden diese Zivilisten es wagen, gegen den Rat des Generalstabschefs zu handeln, der an jedem Kabinetttreffen teilnimmt und die Politik im Namen der ‚Sicherheit‘ diktiert?“

Uri Avnery, Dreihundert Küsse,
<http://www.uri-avnery.de/magazin>,
erstellt am 06.05.2006

Die defekte Souveränität Libanons

Innerhalb kürzester Zeit entstand eine asymmetrische Konfliktformation, bei der Hisbollah „Krieg gegen Israel führte, Israel gegen den Libanon und der libanesischer Staat nur noch international um Hilfe und eine Beendigung der Kämpfe bitten konnte“.⁵ Es hätte deshalb eigentlich sofort zu einer Reaktion des UN-Sicherheitsrates kommen müssen, zumal Israel der libanesischen Regierung nicht mehr anlasten konnte als die UN-Resolution 1559 (2004) nicht erfüllt und die Hisbollah-Miliz nicht entwaffnet zu haben, was wahrlich keine Rechtfertigung dafür ist, das Nachbarland mit Krieg zu überziehen. Doch eine solche Reaktion blieb zunächst aus.

Um die weitere Entwicklung auf der internationalen Ebene zu verstehen, ist es notwendig, etwas näher auf den Hintergrund der Resolution von 2004 einzugehen. Libanon, dessen Gesellschaft von 1975 bis 1990 von einem Bürgerkrieg zerrissen worden war, hatte in dieser Zeit auch seine staatliche Souveränität durch israelische und syrische Besatzung weitgehend eingebüßt: Im Süden standen von 1982 bis 2000 israelische Streitkräfte und die mit ihr verbündete Südlibanesischer Armee. Nach dem Rückzug der Israelis geriet diese Region nicht etwa unter die Kontrolle regulärer libanesischer Streitkräfte, sondern unter den Einfluss der Hisbollah und ihrer Miliz, die hier

syrischen Besatzungstruppen, die bis 2005 noch rund 17.000 Mann umfassten und Damaskus weiterhin politischen Einfluss auf Beirut sicherten. Aus libanesischer Sicht hat sich Israel 2000 überdies noch nicht ganz zurückgezogen, sondern hält noch die Shebaa-Farmen besetzt, ein 25 qkm großes Gebiet, von dem Jerusalem behauptet, es sei Teil der bis 1967 zu Syrien gehörenden Golan-Höhen.

Um nach dem Ende des Bürgerkriegs ein Zusammenleben der verschiedenen Volksgruppen und Religionsgemeinschaften im Zedernstaat zu ermöglichen, war auf die innenpolitische Machtverteilung der Vorkriegszeit zurückgegriffen worden, die den Prinzipien einer Konkordanzdemokratie entsprach: Nach diesen alten Regeln muss der Staatspräsident immer ein maronitischer Christ, der Ministerpräsident ein sunnitischer und der Parlamentspräsident ein schiitischer Muslim sein; die Zusammensetzungen von Legislative und Exekutive sollen in etwa den religiösen und den ethnischen Proporz der Bevölkerung widerspiegeln. Da es seit 70 Jahren keine Volkszählung mehr gegeben hat, werden immer wieder Zweifel über die Stimmigkeit der Zuteilungen vorgetragen. Doch nicht nur der Proporz schränkt trotz regelmäßig abgehaltener Wahlen die Entscheidungskompetenz des Souveräns ein, darüber hinaus wirkt im Hintergrund ein dem westlichen Demokratieverständnis widersprechendes informelles Machtgeflecht einiger reicher, mit eigenen Sicherheitskräften ausgestat-

endlich abzog. Das hatten aber die Resolution und der internationale Druck nicht allein bewirkt, sondern weit mehr noch eine innerlibanesische Protestbewegung. Diese hatte nach Ermordung des Ex-Regierungschefs Rafik Hariri am 14. Februar 2005, die Syrien angelastet wurde, massiv zugezogen. Demgegenüber hielt Israel



Die United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL) wurde im März 1978 als Reaktion auf die Operation Litani gegründet. Seither patrouillieren UN-Fahrzeuge vor allem im Südlibanon.

Bild: HSFK

weiterhin die Shebaa-Farmen annektiert und lieferte somit Hisbollah und anderen das Argument, seinerseits die Resolution 1559 nicht einzuhalten. Die andere Forderung der UNO blieb gänzlich unerfüllt: Bei den international überwachten Parlamentswahlen vom 29. Mai bis 19. Juni 2005 ging Hisbollah eine Allianz mit der gemäßigeren schiitischen Partei Amal ein und erhielt 14 der 35 den Schiiten zugeordneten Mandate im 128 Sitze umfassenden Parlament. Hisbollah wurde daraufhin mit zwei Mitgliedern in das von Fuad Siniora gebildete Kabinett einer umfassenden Koalition aufgenommen. Trotzdem behielt sie unter Scheich Hassan Nasrallah ihre private Miliz mit mehreren tausend gut ausgerüsteten Kämpfern bei.⁷

Dass die Resolution 1559 (2004) nur pauschalisierend ungenaue Formulierungen enthielt, die später von jeder Seite nach eigener Interessenlage interpretiert werden konnten, ist für den Sicherheitsrat nicht ungewöhnlich. Nur so sind Kompromisse zwischen den divergierenden Interessen insbesondere der Ständigen Mitglieder möglich. Solange ein solcher Kompromiss nicht gelingt, wird um Formulierungen manchmal wochenlang gerungen.

Die Welt schaut zu und weg

Dies war auch nach dem Beginn der Kampfhandlungen zwischen Israel und Hisbollah im Juli 2006 der Fall. Dabei zeigte sich außerdem, dass im Gegensatz zur libanesischen Regierung und dem größten Teil seiner Bevölkerung weder den unmittel-

baren Kriegsparteien (IDF und Hisbollah) noch der internationalen Umwelt an einem schnellen Ende der Kämpfe gelegen war. Daher begleitete die Welt die Eskalation teils mit Kopfnicken, teils mit Kopfschütteln, aber viel zu lange untätig.

Obwohl der sunnitische libanesische Ministerpräsident Siniora als pro-amerikanisch gilt, sahen die USA mit Wohlwollen und mit ihnen verbündete sunnitische arabische Länder wie Ägypten und Saudi-Arabien zumindest in den ersten Kriegstagen nicht uninteressiert dabei zu, wie Israel großflächig gegen „schiitische Terroristen“ vorging. Doch auch auf der gegnerischen Seite verfolgten die beiden stärksten Verbündeten der Hisbollah, Syrien und Iran, „übergeordnete“ Interessen in dem Konflikt: Die Regierung in Damaskus verband mit einer weiteren Schwächung der libanesischen Regierung die Hoffnung, wieder stärkeren Einfluss auf das Nachbarland gewinnen zu können. Außerdem vermochte es die Popularität, die Scheich Nasrallah während der Kriegstage auch in Syrien gewann, ein wenig Glanz auf dessen Präsidenten Bashar el Assad zu werfen. Teherans Regierungschef Mahmud Ahmadinedschad sprach hingegen in den ersten Tagen von einer „umfassenden Lösung“, die er sich wohl so ausmalte, dass sein Land darin zu einer regionalen Großmacht aufsteigen könne.

Zwar hatte UN-Generalsekretär Kofi Annan schon am 17. Juli die Aufstockung der UNIFIL ins Gespräch gebracht, um die Lage zu stabilisieren. Es gelang im UN-Sicherheitsrat jedoch zunächst nicht, einen gemeinsamen Standpunkt zu artikulieren. Selbst nachdem am 25. Juli ein Posten der

„Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf alle seine früheren Resolutionen über Libanon, insbesondere die Resolutionen 425 (1978), 426 (1978), 520 (1982), 1559 (2004), 1655 (2006), 1680 (2006) und 1697 (2006), sowie die Erklärungen seines Präsidenten über die Situation in Libanon, insbesondere die Erklärungen vom 18. Juni 2000 (S/PRST/2000/21), 19. Oktober 2004 (S/PRST/2004/36), 4. Mai 2005 (S/PRST/2005/17), 23. Januar 2006 (S/PRST/2006/35),

mit dem Ausdruck seiner höchsten Besorgnis über die weitere Eskalation der Feindseligkeiten in Libanon und in Israel seit dem Angriff der Hisbollah auf Israel am 12. Juli 2006, die auf beiden Seiten bereits Hunderte von Todesopfern und Verletzten gefordert, umfangreiche Schäden an der zivilen Infrastruktur angerichtet und zur Binnenvertreibung von Hunderttausenden von Menschen geführt hat,

betonend, dass die Gewalt beendet werden muss, gleichzeitig jedoch betonend, dass die Ursachen der gegenwärtigen Krise dringend angegangen werden müssen, namentlich durch die bedingungslose Freilassung der entführten israelischen Soldaten,

eingedenk der Sensibilität der Frage der Gefangenen und mit Unterstützung für die Anstrengungen, die darauf abzielen, umgehend die Frage der in Israel inhaftierten libanesischen Gefangenen zu regeln,

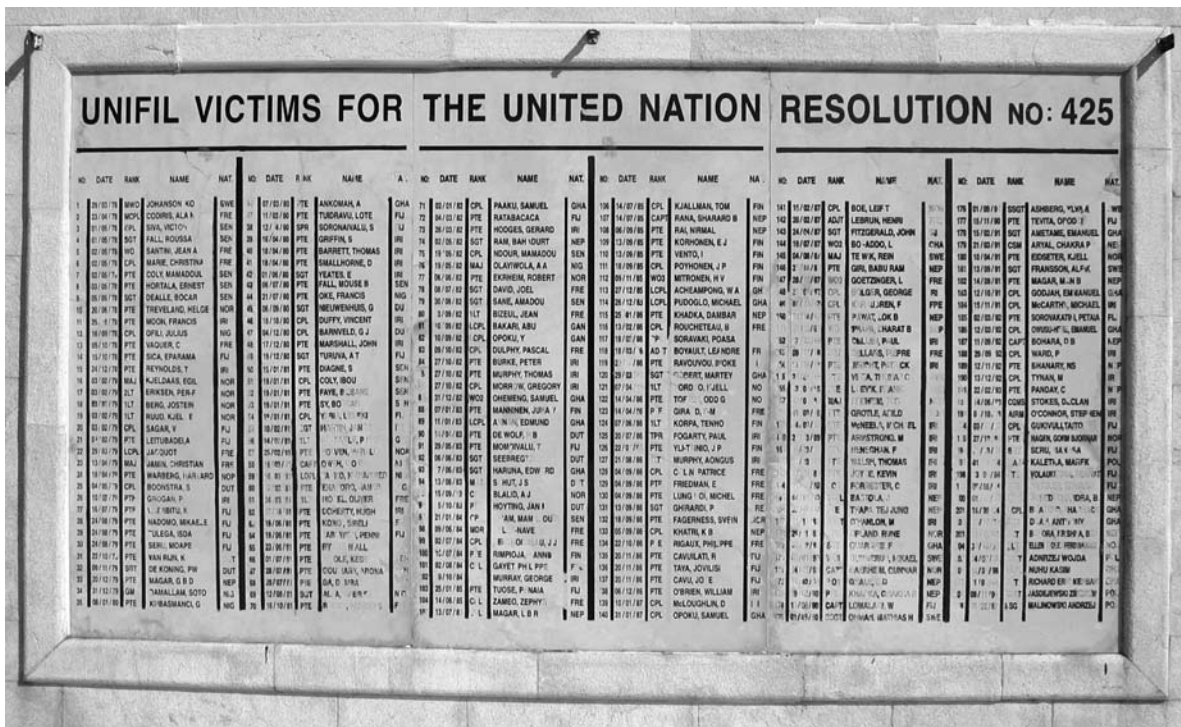
...

unter Begrüßung des einstimmigen Beschlusses der Regierung Libanons vom 7. August 2006, parallel zum Rückzug der israelischen Armee hinter die Blaue Linie eine libanesische Truppe mit einer Personalstärke von 15.000 Soldaten nach Südlibanon zu dislozieren und die Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon (UNIFIL) nach Bedarf um zusätzlichen Truppenbeistand zu ersuchen, um den Einzug der libanesischen Streitkräfte nach Bedarf mit Gerät zu stärken, um sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu befähigen,

...

1. fordert die vollständige Einstellung der Feindseligkeiten, insbesondere auf der Grundlage der sofortigen Einstellung aller Angriffe durch die Hisbollah und der sofortigen Einstellung aller offensiven Militäroperationen durch Israel; ...“

Aus der Präambel und 1. Forderung der Resolution 1701 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 11. August 2007



Im libanesischen Tyrus befindet sich diese Gedenktafel der UNIFIL-Opfer, aufgenommen Ende 2004. Die letzten dort verzeichneten Opfer starben vor rund einem Jahrzehnt. Nun gibt es Anlass, dieses Mahnmal zu erweitern.

Bild: HSFK

UNIFIL unter israelischen Beschuss geraten und vier Blauhelm-Soldaten ums Leben gekommen waren, war es nicht möglich, das UNIFIL-Mandat, das ohnehin am 31. Juli zur Verlängerung anstand, personell auszuweiten und inhaltlich so umzugestalten, dass die UN-Soldaten sich wenigstens gegen Angriffe wehren dürfen. Vielmehr drückte der Sicherheitsrat am 31. Juli nur seine „tiefste Besorgnis über die Eskalation der Feindseligkeiten“ aus und stellte fest, dass die UNIFIL deshalb „entlang der Blauen Linie an der wirksamen Ausführung ihrer Tätigkeiten gehindert wird“.⁸ Dabei hatte sich selbst Israels Verteidigungsminister Amir Peretz nach einem Gespräch mit Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier am 23. Juli für die „vorübergehende“ Entsendung einer internationalen Friedensstruppe mit einem robusten Mandat in den Südlibanon ausgesprochen.⁹ Trotzdem wurde das UNIFIL-Mandat erst einmal unverändert nur um einen Monat verlängert.

Zwischenzeitlich hatte in Rom am 26. Juli eine Libanon-Konferenz stattgefunden, auf der Vertreter einiger westlicher und gemäßigt arabischer Staaten, der UNO und der Weltbank mit dem libanesischen Ministerpräsidenten Siniora zusammentrafen, um unter anderem über eine künftige Friedensstruppe zu beraten. An der Konferenz nahmen jedoch weder Vertreter Israels noch der Hisbollah oder Syriens teil. Siniora trug hier einen Sieben-Punkte-Plan vor, der

einen Gefangenenaustausch, den Rückzug der israelischen Truppen hinter die Demarkationslinie, die Rückkehr der vertriebenen Zivilbevölkerung, den Rückzug Israels aus den Shebaa-Farmen, die vorübergehend unter UNO-Kontrolle gestellt werden sollten, die Ausdehnung der Regierungshoheit auf den ganzen Südlibanon, die Verstärkung der bestehenden UNIFIL-Truppen, die Wiederbelebung des israelisch-libanesischen Waffenstillstandsabkommens von 1949 und den Wiederaufbau des Südens umfasste. Dieser Plan wurde tags darauf vom libanesischen Kabinett einschließlich seiner Hisbollah-Mitglieder gebilligt, sodass nun sowohl die israelische wie die libanesischen Seite grundsätzlich für eine Verstärkung der UNIFIL waren. Trotzdem fehlten Frankreich und die USA noch fast zwei Wochen an einem Textentwurf, bis sie ihn gemeinsam dem Sicherheitsrat vorlegen konnten.

Ein wesentlicher Grund für die Verzögerung war, dass die USA die Auffassung des israelischen Militärs teilten, es sei noch zu früh, den Südlibanon einer neu mandatierten Friedensstruppe anzuvertrauen: Die IDF hatte nämlich am 22. Juli mit 350 Merkava- und doppelt so vielen Transport- und Pionierpanzern¹⁰ eine Bodenoffensive im Südlibanon begonnen und glaubte deshalb noch, Hisbollah ganz oder weitgehend ausschalten zu können. Da die Bodentruppen jedoch aufgrund der seit dem israelischen Rückzug im Frühsommer 2000 von der

Hisbollah vorgenommenen Verbunkerungen nicht so schnell wie erwartet vorankamen, wollten die USA allem Anschein nach der IDF mehr Zeit lassen. Selbst als die Resolution 1701 am 11. August endlich beschlossen wurde, sah sie für das „sofortige“ Ende der Kampfhandlungen erst den 14. August 2006, 8 Uhr Ortszeit, vor. Dies blieb nicht ohne Folgen: Eine von der Gruppe Friedensentwicklung (FriEnt) veröffentlichte Karte der Bombardierungen im Libanon zeigt, dass die IDF noch am 13. August zahlreiche Bomben über dem Südlibanon auslöste.¹¹

Die UN-Resolution 1701: Ein Versuch der Quadratur des Kreises

Die Schwierigkeiten der Diplomaten, einen Kompromiss zu finden, sind nicht nur in der Präambel der Resolution zu erkennen, sondern auch bei der Gewichtung dessen, was an Leistungen der unmittelbar Betroffenen begrüßt, ersucht oder gefordert wird:

In der Präambel betont der Sicherheitsrat nicht nur, „dass die Gewalt beendet werden muss“, sondern hebt der israelischen Perspektive folgend besonders hervor, „dass die Ursachen der gegenwärtigen Krise dringend angegangen werden müssen, namentlich durch die bedingungslose Freilassung

der entführten israelischen Soldaten“. Da letzteres weiterhin auf sich warten ließ, konnte Israel später dieses Argument dafür benutzen, seinerseits Teile der Resolution zu missachten und z.B. Beobachtungsflüge über den Libanon durchzuführen.

Weiterhin ist der Sicherheitsrat bemüht, der Regierung Libanons bei der Stabilisierung des Landes eine zentrale und aktive Rolle zuzuschreiben. So begrüßt er deren im Sieben-Punkte-Plan „eingegangene Selbstverpflichtung ... ihre Autorität mittels ihrer eigenen legitimen Streitkräfte auf ihr gesamtes Hoheitsgebiet auszudehnen, so dass es keine Waffen ohne die Zustimmung der Regierung Libanons und keine Autorität außer der der Regierung Libanons geben wird“. Dem entspricht auch die positive Wertung des einstimmigen Beschlusses der Regierung, parallel zum Rückzug der israelischen Armee hinter die Blaue Linie¹² eine libanesische Truppe von 15.000 Soldaten nach Südlibanon zu verlegen und die UNIFIL-Truppe „nach Bedarf um zusätzlichen Truppenbestand zu ersuchen, um den Einzug der libanesischen Streitkräfte in die Region zu erleichtern, und ... sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu befähigen“.

Andererseits kann der Sicherheitsrat mit Blick auf das libanesische Ersuchen „um einen sofortigen Abzug der israelischen Truppen aus dem südlichen Libanon“ sich nur „entschlossen“ zeigen, „darauf hinzuwirken, dass dieser Abzug möglichst rasch erfolgt“. Die „in dem Sieben-Punkte-Plan unterbreiteten Vorschläge zum Gebiet der Schebaa-Farmen“ kann er sogar nur „gebührend zur Kenntnis nehmen“ und den Generalsekretär an anderer Stelle „ersuchen“, Vorschläge „zur Markierung der internationalen Grenzen Libanons, insbesondere für die Gebiete, in denen der Grenzverlauf umstritten oder unklar ist, so auch für das Gebiet der Schebaa-Farmen“ auszuarbeiten, „und innerhalb von dreißig Tagen vorzulegen“.

Betrachtet man die in der Resolution enthaltene Mandatierung der UNIFIL-Truppen näher, so erhalten sie nicht das von vielen Entsenderstaaten vorher geforderte „robuste“ Mandat, denn es fehlt jeglicher Hinweis auf Kapitel VII der UN-Charta, das von den bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen zu treffenden Maßnahmen handelt. Vielmehr bleibt die Resolution ziemlich vage. Unter

Ziffer 11 beschließt der Sicherheitsrat, „zur Ergänzung und Erweiterung der Personalstärke, der Ausrüstung, des Mandats und des Wirkungsbereichs der UNIFIL die Erhöhung ihrer Truppenstärke auf bis zu 15.000 Soldaten zu genehmigen“, und nennt dann einige „zusätzlich zur Wahrnehmung ihres bisherigen Mandats“ anfallende Aufgaben. Sie enthalten fast alle die Formulierung, die Truppen sollten der libanesischen Regierung oder ihren Streitkräften „behilflich sein“, was ein eigenständiges Handeln ausschließt.

Mit derselben freundlichen Formulierung wird auch Ziffer 12 eingeleitet. In ihr wird UNIFIL dann allerdings „ermächtigt“, „in den Einsatzgebieten ihrer Truppen alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, die nach ihrem Ermessen im Rahmen ihrer Fähigkeiten liegen, um sicherzustellen, dass ihr Einsatzgebiet nicht für feindselige Aktivitäten gleich welcher Art genutzt wird, allen gewaltsamen Versuchen, sie an der Ausübung ihrer vom Sicherheitsrat mandatierten Pflichten zu hindern, zu widerstehen, das Personal, die Einrichtungen, die Anlagen und die Ausrüstung der Vereinten Nationen und der humanitären Helfer zu gewährleisten und unbeschadet der Verantwortung der Regierung Libanons Zivilpersonen, die unmittelbar von körperlicher Gewalt bedroht sind, zu schützen“.

Wenn es einen Ansatz für ein „robustes“ Mandat gibt, dann liegt ihm dieser Satz zugrunde. Allerdings gibt es hinsichtlich der Praktikabilität eines robusteren Vorgehens begründete Zweifel. Sie betreffen vor allem die Frage, wie eine Wiederbewaffnung von Hisbollah durch die UNIFIL-Truppen oder die – in der Resolution 1701 nicht erwähnten – vor der libanesischen Küste kreuzenden Marineeinheiten verhindert werden soll, denn auch dabei geht es letztlich immer nur um Hilfestellung, die von Ersuchen der libanesischen Regierung abhängt (s.u.).

Dass die Aufgaben so umschrieben und dann auch so erfüllt werden müssen, hängt mit einem Grundproblem dieser Resolution zusammen, das wahrscheinlich nicht anders angegangen werden konnte als über den Versuch einer Quadratur des Kreises: Da es – quasi als Fortschreibung der oben behandelten Resolution 1559 (2004) – das Ziel der Resolution ist, die sehr schwache Regierung Libanons zu stärken, um ihr die Souveränität über ihr gesamtes Territorium



Gesamtumfang der Verstöße gegen die Genfer Konvention 12. Juli bis 11. August 2006

- 90 % der Opfer sind Zivilisten (30%-45% Kinder)
- Bombardierungen der Medieneinrichtungen, Radarüberwachung von mehr als drei Fernseh-, Radio- und Mobilfunknetzstationen
- Bombardierungen von Nothilfeeinrichtungen: Rote-Kreuz-Ambulanzen, Notfallzentren der Regierung und der UN-Friedenstruppen
- Bombardierungen von Moscheen, Kirchen und Husayniyas
- Einsatz von Cluster- und international verbotenen Bomben in dicht besiedelten Gebieten

Verluste im Umfang von \$ 2,4 Milliarden in der zivilen Infrastruktur

- Mehr als 94 Straßen und 70 Brücken wurden bombardiert
- Alle drei libanesischen Flughäfen und vier Häfen wurden bombardiert
- Schaden von \$ 208 Millionen bei der Elektrizitätsproduktion und durch Zerstörung von Verteilungsanlagen
- Verlust von \$ 173 Millionen im Bereich Telekommunikation und Wasserversorgung
- \$ 1,5 Milliarden Verlust in den Bereichen Wohnungen und gewerbliche Firmen
- Mehr als 22 Brennstoff- und Gas- bzw. Benzinanlagen wurden bombardiert
- Komplette Zerstörung von Dutzenden Industriefirmen, Wert: mindestens \$ 190 Millionen

Quelle: Libanesische Regierung, aus: Jochen Hippler, Konfliktanalyse Libanon, Bonn 2006.

zu verschaffen, darf sich die UNO (vertreten durch die UNIFIL und die Maritime Task Force MTF) nicht als eine Macht etablieren, die quasi den gesamten Kleinstaat (ca. 10.450 qkm) besetzt und seine Küste eigenmächtig kontrolliert. Libanon sollte nicht wie das Kosovo zu einem UN-Treuhandgebiet werden. Dem hätte die Lage aber geähnelt, wenn einer mit einem wirklich robusten Mandat ausgestatteten UNIFIL – vorausgesetzt, Syrien hätte zugestimmt – ein ähnlich breiter Landstreifen entlang des gesamten libanesisch-syrischen Grenzverlaufs unterstellt worden wäre wie sie ihn im Süden an der Grenze zu Israel zu überwachen hat. Allerdings wurde dort durch den Mix von regulären libanesischen und UNIFIL-Truppen im Verhältnis von eins zu eins eine Konstruktion gefunden, die es Libanon erlaubt, den Einzug der eigenen Truppen in den Süden als Wiedererlangung der vollen Souveränität anzusehen.

Kann die Maritime Task Force den Waffenschmuggel verhindern?

In Ziffer 14 der Resolution 1701 fordert der Sicherheitsrat „die Regierung Libanons auf, ihre Grenzen und anderen Einreisepunkte zu sichern, um zu verhindern, dass Rüstungsgüter und sonstiges Wehrmaterial ohne ihre Zustimmung nach Libanon verbracht werden, und ersucht die UNIFIL, entsprechend der Ermächtigung in Ziffer 11, der Regierung Libanons auf deren Ersuchen hin behilflich zu sein“. Es sollen also keine Waffenlieferungen ins Land gelangen, die nicht von der Regierung autorisiert sind. Doch was kann UNIFIL in dieser Hinsicht tun, wenn ihr Einsatzbereich auf das Gebiet von der der Blauen Linie zwischen Israel und Libanon bis zum Litani-Fluss beschränkt ist? Aufgrund der Konfliktlage braucht niemand zu befürchten, dass von Israel aus Waffen dorthin geschmuggelt werden. Ganz anders sieht dies an der libanesisch-syrischen Landgrenze aus, doch dort gibt es keine Überwachung.

Weiter fordert die Resolution in Ziffer 15 alle Staaten auf, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, „um zu verhindern, dass durch ihre Staatsangehörigen oder von ihrem Hoheitsgebiet aus oder durch Schiffe oder Luftfahrzeuge, die ihre Flagge führen,

... an eine Einrichtung oder Einzelperson in Libanon Rüstungsgüter und sonstiges Wehrmaterial jeder Art, einschließlich Waffen und Munition, Militärfahrzeugen und -ausrüstung, paramilitärischer Ausrüstung und Ersatzteilen für diese, verkauft oder geliefert werden, gleichviel, ob sie ihren Ursprung in ihrem Hoheitsgebiet haben oder nicht“. Hieraus ergibt sich, auch zu kontrollieren, was über die Häfen eingeführt wird. Das kann UNIFIL aufgrund ihres beschränkten Einsatzgebietes selbst für den weitaus größten Teil der Küste nicht leisten.

Als nach dem 11. August in New York der Operationsplan (concept of operation) und die Einsatzregeln (rules of engagement) ausgehandelt wurden, bemühten sich deshalb vor allem Deutschland, aber auch andere Staaten darum, Marineeinheiten vor die Küste Libanons entsenden zu dürfen, um seeseitig die „Einreisepunkte“ und die libanesisch-syrische Grenze daraufhin zu überwachen, dass keine Konterbande an Hisbollah oder andere nichtstaatliche Einrichtungen geliefert wird. Man verständigte sich auf die Formierung eines „Maritime Task Force“ (MTF) genannten multinationalen Marineeinsatzverbandes der UNO, der nach der Erlangung seiner vollen Einsatzbereitschaft unter deutschem Kommando stehen sollte. Von Seiten der Bundesmarine sind an ihm zwei Fregatten mit vier Bordhubschraubern, vier Schnellboote, ein Einsatztruppenversorger und ein Tender beteiligt. Zur Führung der Task Force stehen 400 deutsche Soldaten bereit, auf den Schiffen selbst 1.500 Angehörige der Bundesmarine. Ferner gehören von Anfang an zwei dänische und fünf norwe-

16. August 2006: „Die Spitzen der Koalition sind sich einig, dass Deutschland einen Beitrag zur Lösung der politischen Probleme im Nahen Osten leisten will“. Im Vordergrund stünden dabei ‚humanitäre Hilfsleistungen, Leistungen des Wiederaufbaus und Beiträge zur Sicherung der syrisch-libanesischen Grenze, insbesondere seeseitig.‘“

(aus der von der Bundeswehr veröffentlichten „Chronologie des Einsatzes im Libanon“)

gische Schnellboote und eine schwedische Korvette dazu, und es gab Zusagen der Niederlande, Griechenlands, der Türkei und Bulgariens, sich ebenfalls zu beteiligen.

Ende 2006 verkündete ein Sprecher der Bundesmarine stolz, man habe seit der Übernahme des Kommandos am 15. Oktober schon 1.500 Schiffe beobachtet, davon einige auch näher und wenige mit der dafür notwendigen libanesischen Zustimmung durchsucht, jedoch nichts Verdächtiges gefunden.

Dies aber ist genau der springende Punkt: Die seeseitige Überwachung der libanesisch-syrischen Grenze ist zwar eine sehr aufwendige Marineübung (allein die Bundesmarine veranschlagt für diesen Einsatz für das Jahr 2006 46 Mio. Euro und für 2007 bis zum vorläufigen Ende des Mandats am 31. August 147 Mio. Euro), sie ist aber ein untaugliches Mittel am falschen Ort. Warum sollten Syrer Waffen, die sie an Hisbollah liefern wollen, in einem syrischen Mittelmeerhafen auf ein Schiff verladen, um sie dann unter dem Risiko, dass die MTF dieses beobachtet und verfolgt, in den Libanon zu verfrachten, wenn es auf der annähernd 300 km langen Landgrenze zwischen beiden Staaten keinerlei internationale Überwachung gibt, aber genügend Straßen und „Einreisepunkte“, über die das Gerät problemlos der Hisbollah zugeführt werden kann? Und dürfte es so schwierig sein, Waffen, die Iran an Hisbollah liefern will, als Luftfracht nach Syrien zu schaffen und dann ebenfalls auf dem Landweg ans Ziel zu bringen, anstatt sie umständlich per Schiff durch den von der US-Flotte kontrollierten Persischen Golf und an den am Horn von Afrika wachenden maritimen Einheiten von „Enduring Freedom“ vorbei um die Arabische Halbinsel herum und durch den Suez-Kanal ins Mittelmeer zu transportieren?

Die Möglichkeit, den wesentlich einfacheren Landweg zu nutzen, kann dem Sicherheitsrat nicht unbekannt gewesen sein. Deshalb drängt sich der Verdacht auf, dass die Aufstellung der Maritime Task Force eine Farce oder ein fauler Kompromiss zwischen letztlich unvereinbaren Interessen war. Dies zeigen schon die Ergebnisse der Verhandlungen über die Einsatzregeln: Sie beinhalten Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung zufolge ein „abgestuftes Verfahren“ mit Einsatzarten wie „Umlei-

ten“, „Abdrängen“, „Kontrolle mit Boarding Teams“, schließen aber das Dingfestmachen von Waffenschmugglern oder das Sicherstellen von geschmuggelten Waffen aus.¹³ Hierfür ist der libanesische Zoll zuständig.

Etwas grotesk wirkte auch die Auseinandersetzung zwischen der UNO und Libanon über das Seegebiet, in dem die Schiffe der MTF selbständig kontrollieren dürfen: Libanon wollte hier zunächst nur zulassen, dass dies in einer Zone von 12 bis 6 sm geschehen dürfe, während die eigene Küstenwache in der Zone zwischen 6 sm und der Küste operieren wollte und sich vorbehielt, das Verfolgen von Schiffen bis in diesen Raum im Einzelfall zu genehmigen. Als dann aber Anfang November die See rauer wurde, waren die Küstenwachboote überfordert, sodass die libanesische Regierung auch dieses Gebiet der MTF überließ bis der Winter vorbei ist. Allerdings tut ein libanesischer Offizier Dienst auf dem deutschen Führungsschiff, um das eventuelle Anhalten oder Durchsuchen eines Schiffes zu erlauben.

Von all dem abgesehen, bot die Beteiligung an dieser Inszenierung für die deutsche Bundesregierung einen Ausweg aus dem von Politikern aller relevanten Parteien beschriebenen Dilemma des ersten Militäreinsatzes in unmittelbarer Nähe Israels: Da man Israel zugesichert hatte, mitzuhelfen, dass Hisbollah keine neuen Waffen erhielt, schien die seeseitige Präsenz geradezu ideal. Eine Beteiligung an UNIFIL zu Lande hätte das Risiko beinhaltet, mit Soldaten der IDF in einen Schusswechsel zu geraten. Dies wollte man auf alle Fälle vermeiden. Mit der Verlegung einiger Schiffe ins östliche Mittelmeer und der Übernahme der Führung des MTF-Kommandos glaubte die Bundesregierung, „Flagge zeigen“ zu können, ohne dieses Risiko einzugehen. Für Irritationen sorgte dann allerdings die israelische Luftwaffe, als am 24. Oktober 2006 zwei ihrer Kampfflugzeuge vom Typ F 16 eines der deutschen Schiffe im Tiefflug überquerten und dabei zwei Schüsse abgaben.¹⁴ Zum Glück hatten sich die deutschen Marinesoldaten offenbar gar nicht vorstellen können, bei diesem Einsatz aus der Luft angegriffen zu werden. So blieb der Vorfall ohne militärische Weiterungen.

Wenn der Bundestag im Sommer 2007 über eine Verlängerung des deutschen Kontingents am MTF-Einsatz zu entschei-

den hat, sollte er überlegen, welchen Sinn es hat, sich mit hohem Kostenaufwand an einer Mission zu beteiligen, die eine Farce bleibt, wenn das UNIFIL-Mandat nicht so verändert wird, dass diese Truppe entlang der Landgrenze zu Syrien dem Schmuggel ein Ende setzen kann. Auch dort könnte ja, um Beiruts Souveränität Rechnung zu tragen, ein paritätischer Mix von libanesischen und internationalen Truppen aufgebaut werden, so wie er an der israelisch-libanesischen Grenze besteht. Dies setzt freilich voraus, dass bis dahin Syrien in den Prozess einbezogen ist (dazu weiter unten).

Waffenruhe – Zeit der Kriegsvorbereitung?

Die Resolution 1701 zeigte überraschend schnell Wirkung. Sowohl Hisbollah als auch die israelische Armee ließen ab dem 14. August von ihren Kämpfen ab, von kleineren Zwischenfällen in den ersten Tagen abgesehen. Die libanesische Armee konnte erstmals seit Jahrzehnten in den Süden ihres Landes vorrücken, und auch die erweiterte UNIFIL-Truppe nahm ihre Tätigkeit auf. Zwar wurde die Waffenruhe bis zum 8. Februar 2007 eingehalten und auch nach dem eingangs erwähnten Schusswechsel rasch wieder hergestellt. Aber es gab keinerlei Bemühungen, zu einem förmlichen Waffenstillstandsvertrag zu gelangen, der den Weg in eine friedliche Zukunft bahnen könnte.

Zwischen wem sollte er auch abgeschlossen werden? Israel hat nach eigenem Bekunden keinen Krieg gegen Libanon, sondern gegen Hisbollah geführt. Hisbollah ist aber kein Subjekt, das einen völkerrechtlich bindenden Vertrag unterzeichnen kann, einmal davon abgesehen, dass Israel Hisbollah für eine terroristische Organisation hält und Hisbollah den Staat Israel nicht anerkennt.

Nach dem Kriegsende feierte sich Hisbollah als Siegerin. Sie hatte in den 33 Tagen viele Menschen im Libanon vergessen lassen, dass die Verschleppung der israelischen Soldaten der Anlass für die israelischen Zerstörungen in Beirut und anderen Städten und Dörfern war. Stattdessen trug der Zorn auf Israel dazu bei, die Sympathien für Hisbollah-Chef Nasrallah und seine Organisation sogar über den schiitischen Bevölkerungsteil Libanons hinaus zu ver-

Anmerkungen

- 1 „Regierung“ deshalb in Anführungszeichen, weil die Palästinensischen Autonomiegebiete (noch) kein Staat sind und folglich keine Regierung im klassischen Sinne haben können.
- 2 www.netzeitung.de/spezial/nahost/421838.html
- 3 Über das Ausmaß der Zerstörungen gibt es unterschiedliche Angaben. Während die libanesische Regierung den Schaden mit 2,8 Mrd. US-\$ angibt, behauptet Hisbollah, es seien nur 1,51 Mrd. US-\$ gewesen, nach: Michael Bluhm and Osama Habib, Daily Star staff, Hizbullah questions government's estimates on cost of reconstruction, February 16, 2007.
- 4 IDF, Chief Education and Youth Officer's Headquarters (ed.), "Vision of the Education and Youth Corps", 2000.
- 5 Volker Perthes, Komplexe Konfrontationen. Deutungen des jüngsten Nahost-Krieges im Libanon, in: FAZ, 26.08.2006, S. 8.
- 6 Resolution des Sicherheitsrates 1559 vom 2. September 2004.
- 7 Über die Zahl der Kämpfer schwanken die Angaben von 3.000 bis 20.000.
- 8 UNSC Res. 1697 (2006).
- 9 Vgl. stock-channel.net/stock-board/showthread.php?t=32241&page=2

Fortsetzung auf Seite 11

größern. Ein Übriges tat die anfangs prall gefüllte Kasse der Schiitenorganisation, die sehr öffentlichkeitswirksam Kriegsoffern Zuschüsse für den Wiederaufbau ihrer Häuser zahlte.

Israel hat demgegenüber in den 33 Tagen der Kriegsführung keines seiner Ziele erreicht. Weder wurden die beiden Soldaten, um die es anfangs ging, freigelassen, noch konnte Hisbollah entwaffnet oder wenigstens so geschwächt werden, dass sie auf mittlere Sicht keine Gefahr mehr für Israel darstellt. Im Gegenteil: Mitte Februar 2007 schätzte der israelische Geheimdienst, dass die Kapazitäten der Hisbollah-Miliz jetzt stärker sind als vor der israelischen Libanon-Offensive. Der ehemalige israelische Verteidigungsminister und jetzige Infrastrukturminister Benjamin Ben-Eliezer hält derselben Meldung zufolge „einen neuen Waffengang gegen die Hisbollah noch im laufenden Jahr für unumgänglich“.¹⁵

Zwar haben sich die Verluste sowohl bei der IDF als auch bei der Zivilbevölkerung in Grenzen gehalten. Ebenfalls blieb, was die „Hardware“ anbelangt, Israels militärische Stärke ungeschmälert; so ist die Luftwaffe z.B. weiterhin in der Lage, über dem Libanon Aufklärungsflüge zu fliegen, um sich ein eigenes Bild von der Wiederbewaffnung der Hisbollah zu machen, und sie könnte auch jederzeit die Bombardements wieder aufnehmen.

Aber die Stimmung in Israel ist gekippt: Sah es anfangs so aus, als würde es gelingen, den durch die Verschleppungen verursachten Image-Verlust der IDF vergessen zu lassen – z.B. waren während des Krieges noch 85 Prozent der Israelis mit dem Verhalten der Armee zufrieden,¹⁶ und die Umfragewerte für Olmert und Peretz so hoch wie niemals vorher in ihrer Amtszeit –, so erwiesen sich die Misserfolge als imageschädigend. Erst am 17. Januar 2007 bat Generalstabschef Halutz um seine Entlassung und übernahm damit die Verantwortung für die Fehler, die im Libanonkrieg gemacht wurden. Bis dahin waren die Zustimmungswerte für die Regierung längst in den Keller gestürzt: am 25. Oktober 2006 lag die Sympathie für Olmert unter zehn Prozent.¹⁷ Vor diesem Hintergrund nahm der Ministerpräsident, als er seine Mehrheit gefährdet sah, die rechts außen stehende Partei Israel Beitenu von Avigdor Lieberman in seine Koalition auf und machte diesen zum Minister für strate-

gische Angelegenheiten. Dadurch hat sich allerdings weder die innenpolitische Lage in Israel beruhigt noch die Handlungsfähigkeit der Regierung für Bemühungen vergrößert, die Beziehungen zu den Palästinensern und den anderen arabischen Nachbarn zu entspannen.

Wenn sich die gegenwärtige Lage so darstellt, dass die infolge der Resolution 1701 stärker gewordene internationale Präsenz zwar dafür gesorgt hat, dass die Waffenruhe noch nicht zerbrochen ist, dass sie aber insbesondere Hisbollah nicht daran hindern konnte, sich für einen neuen Waffengang zu rüsten, dann stellt sich die Frage, was die internationale Umwelt darüber hinaus tun sollte, um einerseits zu verhindern, dass UNIFIL plötzlich zwischen die erneut aufeinander schießenden Fronten gerät, und um andererseits zu versuchen, die Lage dauerhaft zu entschärfen.

Was sollte das Nahost-Quartett gegen ein erneutes Aufflammen des Krieges tun?

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat zu Beginn der deutschen EU-Präsidentschaft und des Vorsitzes der G8-Staaten begonnen, den nahöstlichen Friedensprozess über das Nahost-Quartett (UNO, EU, USA und Russland) wiederzubeleben. Dies ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Allerdings beschränkte sich die vom Quartett im Mai 2003 vorgelegte „road map“ darauf, zu versuchen, den Weg zu einem Staat Palästina an der Seite Israels zu ebnen, während dessen Konflikte mit Libanon und Syrien keine Beachtung fanden. Sicher wäre viel gewonnen, wenn ein wiederbelebtes Quartett in absehbarer Zeit einen möglichst vollständigen Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten und eine Anerkennung Palästinas als souveräner Staat erreichen könnte. Dies

würde all denen in der arabischen Welt, die ihre Ablehnung Israels mit dessen Besatzungspolitik begründen, ein zentrales Argument entziehen. Aber man muss davon ausgehen, dass die Konstituierung Palästinas selbst unter günstigeren Bedingungen, als sie der Dreiergipfel zwischen Condoleezza Rice, Ehud Olmert und Mahmud Abbas am 19. Februar 2007 bot, nicht über Nacht vollzogen wird. Daher kann angesichts der neuen Kriegsgefahr an der israelisch-libanesischen Grenze nicht gewartet werden, bis der zentrale Konfliktherd erkaltet, um zu hoffen, dass sich dann auch die Lage im Norden beruhigt.

Um den Konfliktraum um Israel zu befrieden, könnte es daher hilfreich sein, wenn das Quartett möglichst bald eine unmittelbar auf die Verbesserung der Beziehungen zwischen Israel und seinen nördlichen Nachbarn Libanon und Syrien ausgerichtete Politik entfaltet.

Syrien hat eine Schlüsselstellung in dem Konflikt und muss bei einer Neuordnung der Beziehungen und der Festlegung der Grenzen einbezogen werden. Von letzterem ist es in zwei Punkten unmittelbar betroffen: Bei den Golan-Höhen und den Schebaa-Farmen. Die unzweifelhaft zu Syrien gehörenden Golan-Höhen hält Israel seit 1967 besetzt und hat sie 1981 anders als den Gazastreifen und das Westjordanland sogar annektiert, nicht zuletzt, weil dieses Gebiet für Israel ein wichtiges Wasserreservoir ist. Trotzdem führten die Regierungen Shimon Peres' und Ehud Baraks schon in den 1990er Jahren vertrauliche Gespräche mit Syrien über die Rückgabe des Golan, bei denen es angeblich fast zu einer Einigung über den künftigen Grenzverlauf kam, die dann aber abgebrochen wurden. Am 16. Januar 2007 berichtete die israelische Zeitung Haaretz über neuere Geheimtreffen zwischen Syrern und Israelis zwischen September 2004 und Juli 2006, die einer Verständigung über die Zukunft des

„(Programmpunkt) 145. Die drei Vorsitze werden nach wie vor alle Bemühungen um ein erfolgreiches Ergebnis im Nahost-Friedensprozess unterstützen. Sie werden bei dem Prozess des Aufbaus von Institutionen durch die Palästinensische Behörde weiterhin engagiert helfen. Die EU wird - insbesondere über ihre Mitwirkung im Quartett - weiterhin auf die Umsetzung des Nahost-Fahrplans drängen.“

(Rat der Europäischen Union, Achtzehnmonatsprogramm des deutschen, des portugiesischen und des slowenischen Vorsitzes, Brüssel, den 21. Dezember 2006, S. 63.)

Der syrische Präsident Bashar Al-Assad gibt sich betont volksnah. Seine Portraits sind im Land allgegenwärtig und zeigen ihn fast immer als Zivilisten.

*Bild:
Abdruck mit freundlicher Genehmigung von E. Vollmer*



Golans nahegekommen sein sollen. Dem Bericht zufolge soll Israel kurz vor Beginn des Libanon-Krieges prinzipiell bereit gewesen sein, sich auf die Grenze vom 4. Juni 1967 zurückziehen. Im Gegenzug sollte ein Gebiet, das vom Ufer des Sees Genezareth bis weit in den Golan reicht, zu einem Naturpark werden, der für Israelis und Syrer frei zugänglich und demilitarisiert werden sollte. Während Syrien diese Veränderung innerhalb von fünf Jahren erreichen wollte, hätten die israelischen Gesprächspartner fünfzehn Jahre für den Abzug vorgeschlagen.¹⁸ In einem Interview berichtete der israelische Unterhändler Alon Liel wenig später, Syrien sei „zum totalen Wandel seiner Orientierung bereit“ und wolle sich in den nächsten 15 Jahren daraufhin prüfen lassen, dass es die „Achse des Bösen“ verlasse.¹⁹

Eine erste Gelegenheit dazu könnte sich auf einem anderen Konfliktfeld bieten, wenn es im März dieses Jahres zu der von Irak eingeladenen Konferenz mit allen Nachbarstaaten und den Ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates kommt und dann hohe Repräsentanten der USA mit ebensolchen von Syrien und Iran an einem Tisch sitzen werden. Zwar bedeutet die Zustimmung der amerikanischen Außenministerin zu dieser Konferenz noch keine Abkehr von der Weigerung der Bush-Administration, mit Syrien und Iran direkt zu sprechen, denn die Hohen Repräsentanten der drei Staaten können sich in Bagdad durchaus aus dem Weg gehen, aber es bietet sich eine Chance zur Lockerung der Positionen ohne Gesichtsverlust, die Fernwirkungen auf die Rolle Syriens im israelisch-libanesischen Konflikt haben könnte.

Wenn man davon ausgeht, dass Kommunikationsverbote über „Lagergrenzen“ hinweg und wechselseitige Anschuldigungen Stufen einer Eskalation sind, die schon bald in einem größeren Nahost-Krieg münden könnten, der weder den Menschen in Israel noch in seinen arabischen Nachbarländern und Iran irgendeinen Vorteil bringt, dann kommt es darauf an, auf De-Eskalation zu setzen, und dies mit Nachdruck. Dies wird umso eher möglich sein, je weniger starr die Bush-Administration an ihrer Verdammungs-Position festhält und versucht, die übrigen Mitglieder des Nahost-Quartetts von Kontakten mit Syrien abzuhalten. Bei Gesprächen mit Damaskus geht es nicht darum, Sympathien für das autoritäre Regime Assads zu entwickeln oder zu bekunden. Vielmehr ist ein geschäftsmäßiger Umgang mit ihm nötig, um im Dreiecksverhältnis Israel-Libanon-Syrien aus der Sackgasse zu finden.

Einerseits muss in den von Mitgliedern des Quartetts zu führenden Gesprächen von Damaskus eingefordert werden, dass es seine direkte und – als Zwischenträger für Teheran – indirekte Unterstützung der Wiederaufrüstung der Hisbollah aufgibt. Andererseits muss Syrien definitiv begreifen, dass die Welt – wie auch die Mehrheit im Libanon selbst – den Zedernstaat als einen souveränen Staat ansieht und nicht will, dass er eines Tages von Damaskus wieder zum Vasallen gemacht wird. Beides könnte Assad dadurch unter Beweis stellen, dass er einer Ausweitung des UNIFIL-Mandates auf seine Landgrenze zum Libanon zustimmt. Und warum sollte er dies nicht feierlich erklären, wenn er dafür in allen

Fortsetzung von Seite 9

- 10 Vgl. Bundeswehr (Hg.) Y.online, http://www.y-punkt.de/portal/a/bwde/kcxml/04_Sj9SPykssy0xPLMnMz0vM0Y_Qjz
- 11 Vgl. Jochen Hippler, Konfliktanalyse Libanon, Bonn 2006, S. 20.
- 12 Wegen der umstrittenen Schebaa-Farmen gibt es keine international anerkannte Grenze zwischen Libanon und Israel, deshalb wird der Grenzverlauf als „Blaue Linie“ bezeichnet.
- 13 Vgl. W. Wolf, Deutscher Libanon-Einsatz, http://gfw-vii.de/artikel/bin/LibanonEinsatz_neu.pdf
- 14 Vgl. <http://tagesspiegel.de/tso/drucken.asp?TextID=78399>
- 15 Salzburger Nachrichten am 20. Februar 2007, zit. nach <http://www.salzburg.com/cgi-bin/sn/printArticle.pl?xm=3047112>
- 16 Zit. nach Tagesspiegel vom 7. August 2006, <http://www.tagesspiegel.de/fragen-des-tages/archiv/07.08.2006/2699925.asp>
- 17 http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID6034228_TYP6_THE_NAV_REF3_BAB,00.html
- 18 Akiva Eldar, Israeli, Syrian Representatives Reach Secret Understanding, Haaretz, January 16, 2007.
- 19 So im Gespräch mit FAZ-Korrespondent Jörg Bremer, FAZ, 6. Februar 2007, S. 12.

Ehren wieder in den Kreis der Staatenlenker aufgenommen wird?

In diesem Zusammenhang sollte aber auch die Regierung Olmert einen Schritt auf seine nördlichen Nachbarn zugehen, einen Schritt, der nicht viel kostet, aber auch mehr als bloße Symbolik ist: Wenn Israel – ob irrigerweise oder nicht – die Auffassung vertritt, die Schebaa-Farmen hätten früher zu Syrien gehört, dann sollte es diese als Geste der Verständigungsbereitschaft schon vor dem Golan, und zwar in allernächster Zukunft, an Damaskus übergeben. Syrien kann sie dann an Libanon weiterreichen. Solange Israel dieses Stückchen Land jedoch behält, wird Hisbollah es als Argument benutzen, gegen den jüdischen Staat zu hetzen und zu rüsten.

Damit allein ist freilich der libanesische Staat noch nicht stabilisiert. Dazu gehört auch, dass die Mitglieder des Quartetts – wie schon längst die Menschen im Libanon – Hisbollah nicht länger in toto stigmatisieren, sondern ihre Janusköpfigkeit (sozialpolitische Organisation und parlamentarische Gruppierung einerseits und schwer bewaffnete Miliz andererseits) als eine Zwischenstufe zu einer „normalen“ Partei im innerlibanesischen Kräftespiel ansehen. Dies könnte es ermöglichen, ähnlich wie es in Nordirland mit der gewalttätigen IRA und ihrem politischen Arm Sinn Fein erfolgreich praktiziert wurde, die Politiker der Hisbollah davon zu überzeugen, dass Gewalt (auch oder gerade wenn sie gegen den schnell und hart zurückschlagenden Nachbarn Israel gerichtet ist) kein Weg zum wirtschaftlichen und sozialen Aufbau Liba-

nons ist. Soweit und sobald sie dies einsehen, könnten sie dann in diesem Sinne auf die Milizangehörigen einwirken.

Das ganze könnte drei positive Effekte haben: Zum einen fiel es der „Partei Gottes“ dann leichter, auf Verstärkung durch Syrien zu verzichten, mit dem es ohnehin eher eine pragmatische Verbindung unterhält, da zwischen dem schiitischen Selbstverständnis Nasrallahs und der religiösen Auffassung der zur alawitischen Religionsgemeinschaft gehörenden Elite Syriens erhebliche Differenzen liegen. Zum anderen könnte die zwischen den verschiedenen Volks- und Religionsgruppen sorgfältig austarierte libanesische Konkordanzdemokratie aus der tiefen Krise, in die sie infolge des Sommerkrieges geraten ist, herausfinden. Damit vergrößerte sich schließlich die Chance, dass die Hisbollah-Milizionäre sich dem staatlichen Gewaltmonopol unterordnen, was wiederum zur Festigung des libanesischen Staates beitrüge.

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
Leimenrode 29, 60322 Frankfurt am Main
Postvertriebsstück D 43853, Entgelt bezahlt, ISSN-0945-9332



Prof. Dr. Berthold Meyer (Jahrgang 1944) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der HSKF und hat eine Honorarprofessur für Friedens- und Konfliktforschung an der Philipps-Universität Marburg. Der Nahost-Konflikt ist einer seiner Arbeitsschwerpunkte.

HSFK-Standpunkte

erscheinen mindestens sechsmal im Jahr mit aktuellen Thesen zur Friedens- und Sicherheitspolitik. Sie setzen den Informationsdienst der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung fort, der früher unter dem Titel „Friedensforschung aktuell“ herausgegeben wurde.

Die HSKF, 1970 als unabhängige Stiftung vom Land Hessen gegründet, arbeitet mit rund 40 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in vier Programmbereichen zu den Themen: „Rüstungskontrolle und Abrüstung“, „Internationale Organisation, demokratischer Friede und die Herrschaft des Rechts“, „Demokratisierung und der innergesellschaftliche Frieden“ sowie zu „Querschnittsaufgaben“; darunter fällt zum Beispiel die Arbeitsgruppe „Kriege demokratischer Staaten seit 1990“. Außerdem gibt es einen fünften Programmbereich „Vermittlung und Information“, zu dem das Projekt „Raketenabwehrforschung International“ sowie die Institutsbibliothek und die Angebote der HSKF-Webseite zählen.

Die Arbeit der HSKF ist darauf gerichtet, die Ursachen gewaltsamer internationaler und innerer Konflikte zu erkennen, die Bedingungen des Friedens als Prozess abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit zu erforschen sowie den Friedensgedanken zu verbreiten. In ihren Publikationen werden Forschungsergebnisse praxisorientiert in Handlungsoptionen umgesetzt, die Eingang in die öffentliche Debatte finden.

Neben den *HSFK-Standpunkten* gibt das Institut mit den „HSFK-Reports“ und „PRIF Reports“ wissenschaftliche Analysen aktueller Probleme und politische Empfehlungen in Deutsch und Englisch heraus. Die „Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung“ stellen darüber hinaus grundlegende Forschungsergebnisse des Instituts dar. Mit dem „Friedensgutachten“ legen die HSKF und vier weitere Friedensforschungsinstitute (IFSH, FEST, INEF und BICC) ein gemeinsames Jahrbuch vor, das die laufenden Entwicklungen in Sicherheitspolitik und internationalen Beziehungen analysiert, kritisch kommentiert und Empfehlungen für Politik und Öffentlichkeit abgibt.

V.i.S.d.P.: Marlar Kin, Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der HSKF, Leimenrode 29, 60322 Frankfurt am Main, Telefon (069) 959104-0, Fax (069) 558481 E-Mail: info@hsfk.de, Internet: www.hsfk.de

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Ein Nachdruck ist bei Quellenangabe und Zusendung von Belegexemplaren gestattet. Der Bezug der *HSFK-Standpunkte* ist kostenlos, Unkostenbeiträge und Spenden sind jedoch willkommen.

Bankverbindung: Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01, Konto 200 123 459

Design: David Hollstein, www.hollstein-design.de · Layout: HSKF · Druck: CARO Druck
ISSN 0945-9332